

Fahrplan für eine resiliente Rohstoffversorgung

Heimische Gewinnung stärkt Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz

Deutschland ist ein rohstoffreiches Land. Es verfügt über zahlreiche mineralische Rohstoffe. Unter anderem Steine und Erden, Kies, Sand, Kalkstein, Gips, Kali und Salz. Daneben verfügt Deutschland auch über relevante Vorkommen an energetischen Rohstoffen wie Öl und Erdgas. Im Jahr 2023 hat der Gesamtwert der im Inland produzierten mineralischen und energetischen Rohstoffe laut Bundesanstalt für Geowissenschaft und Rohstoffe 14,5 Mrd. Euro betragen. Hierunter fielen rund 534 Mio. t Industriemineralen und (Bau-)Rohstoffe einschließlich Kali und Salz, 1,6 Mio. t Erdöl, 4,8 Mrd. m³ Erdgas und Erdölbegleitgas. Hinzu kommen importierte Rohstoffe im Wert von 216,2 Mrd. Euro.

Trotz des großen Bedarfs an heimischen Rohstoffen zur Versorgung der deutschen Volkswirtschaft sind rohstoffgewinnende Betriebe seit Jahren mit langwierigen Genehmigungsverfahren, bedingt durch die hohen regulatorischen Anforderungen sowie mangelhafter Sicherung des Zugriffs auf Lagerstätten in der Raumordnung/Regionalplanung konfrontiert. Diese stellen zunehmend ein Existenzrisiko dar. Dies betrifft gleichermaßen Gewinnungsstätten die nach Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. dem speziellen Genehmigungsrecht (BImSchG, WHG) oder Bergrecht (BBergG) zu genehmigen sind. In der Konsequenz attestiert der Endbericht der vom Bundeswirtschaftsministerium beauftragte EY-Studie zu „Genehmigungsverfahren zum Rohstoffabbau in Deutschland“ eine klare Gefährdung der Rohstoffversorgung in den kommenden Jahrzehnten.

Diese Herausforderung greift der Koalitionsvertrag der Bundesregierung unmittelbar und konkret in den Zeilen 301 ff. auf:

„Wir werden die Gewinnung heimischer Rohstoffe unterstützen und hierfür die rechtlichen Genehmigungen erleichtern, pragmatisch unter Wahrung der Umwelt- und Sozialstandards. Wir werden Projekte zur Gewinnung und Weiterverarbeitung von kritischen Rohstoffen in Europa unterstützen und statten hierfür den nationalen Rohstofffonds mit zusätzlichen Mitteln aus. Wir werden die Rahmenbedingungen für die Gewinnung strategisch wichtiger Rohstoffe, wie hochreinem Salz oder Lithium, in der EU auf allen Ebenen verbessern. Die Bevorratung wichtiger Rohstoffe wollen wir erleichtern.“

In Zeile 968 f. heißt es:

„Wir wollen Potenziale konventioneller Gasförderung im Inland nutzen.“

Hinzu kommt die Diversifizierung vom Rohstoffimporten mittels „Handels- und Rohstoffpartnerschaften auf Augenhöhe“.

Die unterzeichnenden Rohstoffverbände unterstützen das Vorhaben der Bundesregierung, die heimische Rohstoffgewinnung zu unterstützen, ausdrücklich. Dies betrifft sowohl den Weiterbetrieb bestehender Unternehmen als auch den Neuaufschluss von Lagerstätten. Vor dem Hintergrund der damit

verbundenen öffentlichen und regulatorischen Widerstände ist dabei ein nachhaltiges politisches und behördliches Bekenntnis zur strategischen Bedeutung der heimischen Rohstoffressourcen erforderlich. Rohstoffe „Made in Germany“ sind von strategischer Relevanz für resiliente Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit (Energie, Industrie, Pharma, Lebensmittel und militärische Einsatzfähigkeit).

Mit Bezug auf den Koalitionsvertrag werden im Folgenden die fehlenden rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Erschließung und nachhaltigen Förderung von heimischen Rohstoffen aufgezeigt und Vorschläge zu deren Lösung unterbreitet:

Herausforderungen und Lösungsansätze für die heimische Rohstoffgewinnung

Stand: Oktober 2025

1. Rohstoffversorgung als strategische Grundlage industrieller Wertschöpfung

Rohstoffe stehen am Anfang jeder industriellen Wertschöpfung. Die Deutsche Rohstoffstrategie basiert auf 4 Säulen:

- Reduktion der Bedarfe
- Einkauf / Import
- Recycling und Kreislaufwirtschaft
- Heimische Gewinnung

Politisch liegt der Fokus stark auf dem Thema Recycling/Kreislaufwirtschaft. So wichtig dieses für den langfristigen Beitrag zur Rohstoffversorgung ist, ist mittelfristig eine flächendeckende Rohstoffversorgung der deutschen Industrie auf diesem Weg nicht realistisch. Deutschlands gesamter nicht energetischer Rohstoffbedarf liegt bei über 1,7 Milliarden Tonnen pro Jahr. Demgegenüber stehen jährlich aber nur ca. 420 Millionen Tonnen an sämtlichen Abfällen zur Verfügung. Die heimische Rohstoffförderung ist also eine entscheidende Säule für Deutschlands Rohstoffsicherheit. Sie verringert die Importabhängigkeit, erhöht damit die Versorgungssicherheit und muss entschieden gestärkt werden.

Die Bedeutung der heimischen Rohstoffgewinnung zur Verringerung wachsender Importabhängigkeiten und zur Etablierung integrierter Wertschöpfungsketten wurde bislang unterschätzt. Im Gegensatz zu anderen strategischen Bereichen – etwa dem Ausbau erneuerbarer Energien oder der Infrastruktur – erhält die Rohstoffgewinnung als Grundlage aller nachgelagerten Produktionsprozesse bislang nur geringe Priorität. Dabei ist Rohstoffsicherheit von zentraler Bedeutung für industrielle und gesamtstaatliche Resilienz im Allgemeinen sowie die Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit im Besonderen.

Rohstoffe wurden von Abnehmern vielfach als reine Handelsware betrachtet und auf dem Weltmarkt beschafft. Diese Praxis birgt Risiken, insbesondere bei einseitigen Abhängigkeiten, die zu unterbrochenen Lieferketten führen können. Ein Beispiel ist die Versorgung mit Permanentmagneten, die als Vorprodukt für Windenergieanlagen oder Motoren für Elektrofahrzeuge nicht ersetzbar sind. Hier besteht eine einseitige risikobehaftete Abhängigkeit von der Förderung und Verarbeitung der zu ihrer Herstellung benötigten Rohstoffe. Dabei sind entsprechende Vorprodukte unverzichtbar für die industrielle Wertschöpfung – Anwendungen in Erneuerbaren Energien oder in der Automobilindustrie sind hier nur die Spitze des Eisbergs."

Es fehlt eine strategische Grundlage für die ersten Glieder der Wertschöpfungskette – insbesondere für die Rohstoffgewinnung und die Herstellung von Vorprodukten innerhalb Deutschlands.

Lösungsvorschläge

Die strategische Versorgung mit Rohstoffen und deren Weiterverarbeitung muss als fundamentale Voraussetzung für nachgelagerte Wertschöpfungsprozesse priorisiert werden. Eine nationale Rohstoffstrategie sollte folgende Aspekte berücksichtigen:

- Ermöglichung der systematischen Erkundung von Lagerstätten (Exploration)
- Nachhaltige Sicherung des Zugriffs auf Lagerstätten
- Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die Weiterverarbeitung
- Bewertung und Integration der Potenziale von Recycling und Kreislaufwirtschaft
- Koordination der Umsetzung zwischen Kommunen, Ländern und Bund
- Rohstoffsicherung im internationalen und geopolitischen Kontext

Die Koordination dieser Strategie könnte durch ein zentrales Gremium mit einem Sprecher (z. B. einem Rohstoffbeauftragten) erfolgen. Dabei sollten alle relevanten Akteure – Produktion, Abnehmer, Finanzierung, Behörden – eingebunden werden.

Das Gremium sollte folgende Rahmenbedingungen berücksichtigen:

- Verknüpfung der Rohstoffversorgung mit strategischen Transformationszielen (z. B. Klima, Verteidigung, Energie, Schlüsseltechnologien)
- Entwicklung einer Gesamtstrategie für Exploration, Lagerstättensicherung, Produktion, Weiterverarbeitung und Recycling
- Etablierung nachhaltiger Finanzierungsmodelle für Rohstoffprojekte

2. Heimische Rohstoffgewinnung/-produktion ist im überragenden öffentlichen Interesse

Die lagerstättengebundene Rohstoffgewinnung steht in direkter Konkurrenz zu zahlreichen anderen Nutzungsansprüchen an verfügbare Flächen. In den Regionalentwicklungsplänen wird Rohstofflagerstätten gegenüber anderen Nutzungen häufig eine nachgeordnete Bedeutung beigemessen. Durch die Priorisierung vieler flächenintensiver, aber nicht rohstoffbezogener Projekte gehen potenzielle Lagerstätten für die Rohstoffgewinnung verloren. Besonders die Einstufung solch anderer Vorhaben als „überragendes öffentliches Interesse“ verschärft diese Problematik zusätzlich.

Mit der EU-Wiederherstellungsverordnung ist eine weitere Einschränkung des Zugangs zu Lagerstätten zu befürchten. Zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund bestehen unterschiedliche Interessenlagen hinsichtlich der Rohstoffsicherung und -gewinnung, was zu einer unzureichenden Koordination führt.

In der Öffentlichkeit fehlt das Bewusstsein für die Rolle und Bedeutung der Rohstoffversorgung und der heimischen Gewinnung. Entsprechend gibt es auch nur begrenztes Wissen über die

Funktionsweise moderner Rohstoffprojekte und deren volkswirtschaftlicher Nutzen. Auch sind die Herausforderungen, die aus einseitigen Importabhängigkeiten für den Standort Deutschland resultieren, oft nicht ausreichend bekannt.

Lösungsvorschläge

Es braucht es ein klares politisches Bekenntnis zur heimischen Rohstoffindustrie:

Die Rohstoffgewinnung sollte als überragendes öffentliches Interesse eingeordnet und in der Bundesraumordnung gestärkt werden. Darüber hinaus sind Rohstofflagerstätten unabhängig vom aktuellen Bedarf als Vorranggebiete auszuweisen. Dies ist notwendig, um den langfristigen Zugriff auf ortsbundene Lagerstätten auch für zukünftige Generationen sicherzustellen

3. Deutschlandtempo für heimische Rohstoffversorgung

Langwierige Genehmigungsprozesse erhöhen das finanzielle Risiko von Rohstoffgewinnungsprojekten erheblich. Besonders das Verbandsklagerecht erschwert und verzögert Verfahren und führt zu zusätzlichen Planungsunsicherheiten. Häufig sind sich hinziehende juristische Auseinandersetzungen die Folge. Rechtssichere Genehmigungsverfahren für Rohstoffgewinnungsvorhaben dauern in Deutschland oft weit länger als wenige Jahre.

In der öffentlichen Wahrnehmung und medialen Berichterstattung dominiert häufig eine kritische Haltung gegenüber der Rohstoffgewinnung: „Rohstoffgewinnung brauchen wir nicht – und schon gar nicht vor unserer Haustür.“ Es fehlt an politischer und medialer Rückendeckung für entsprechende Vorhaben.

Bei Anhörungen im Rahmen von Genehmigungsverfahren reichen nicht näher begründete Einwände aus, um den Prozess erheblich zu verzögern.

Lösungsvorschläge

- Reform des Verbandsklagerechts**

Die unterzeichnenden Verbände unterstützen die Stellungnahme des BDI zur Novellierung des Verbandsklagerechts, insbesondere die Einführung des Beibringungsgrundsatzes für Klagen von Nichtregierungsorganisationen.

- Vereinfachung des Verfahrensrechts**

Durch Standardisierungen, Digitalisierung und klarere Verfahrensvorgaben können Genehmigungsprozesse effizienter gestaltet werden.

- Begründungspflicht für Einwände**

Einwände im Rahmen von Genehmigungsverfahren sollten künftig mit einer nachvollziehbaren Begründung versehen sein.

Weitere rechtliche und verfahrenstechnische Anpassungen:

- **Stichtagsregelung**
Eine Stichtagsregelung sollte auf den Zeitpunkt der Feststellung der Vollständigkeit der Antragsunterlagen (§ 10 Abs. 6a BlmSchG) gelegt werden.
- **Detaillierungsgrad der Unterlagen**
Derzeit wird vom Antragsteller eine Planungstiefe verlangt, die der Ausführungsplanung entspricht, obwohl sie für die Prüfung der Umweltauswirkungen nicht erforderlich ist. Dies sollte geändert werden und auf den für die Prüfung notwendigen Detaillierungsgrad reduziert werden.
- **Vollständigkeitsprüfung**
Die Prüfung der Vollständigkeit sollte ausschließlich formell erfolgen und keine inhaltliche Bewertung der Unterlagen beinhalten.
- **Fakultative Ausgestaltung des Erörterungstermins**
Es sollte ein Ermessensspielraum für die verfahrensführende Behörde in der Ausgestaltung der Form („ob“ und „wie“) des Erörterungstermins geschaffen werden.
- **Regelungen zur Beteiligung anderer Behörden**
Es sollten einheitliche Zuständigkeiten der Behörden geschaffen werden. Von der federführenden Behörde gesetzte Beteiligungsfristen sind mit Zustimmungsfiktion zu versehen.
- **Konkretisierung des vorzeitigen Beginns**
Für die Zulassung eines vorzeitigen Baubeginns sollte ein Genehmigungsantrag ausreichend sein. Eine Prognoseentscheidung über die Genehmigungsfähigkeit ist nicht erforderlich, da das Risiko beim Antragsteller liegt. Die Behörde kann das Insolvenzrisiko durch eine Sicherheitsleistung absichern.

4. Heimische Rohstoffgewinnung ist ein natürlicher Verbündeter der Transformation

Die heimische Rohstoffgewinnung unterliegt weltweit höchsten Standards in den Bereichen Umwelt- und Naturschutz sowie Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsschutz. Dies führt zu niedrigerem CO2-Ausstoss pro geförderter Tonne an Rohstoffen in Europa im Vergleich zu anderen Weltregionen. Vor diesem Hintergrund erscheint es problematisch, dass aktuelle EU-Gesetzesinitiativen insbesondere das Soil Monitoring, die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), das Nature Restoration Law und die Umsetzung der Industriemissionsrichtlinie (IED), zusätzliche Hemmnisse für die Rohstoffgewinnung schaffen. Diese Regelungen stehen im Widerspruch zu den Zielen der EU zur Sicherung strategischer Lieferketten und gefährden die Versorgungssicherheit.

Bürokratische Hürden schrecken insbesondere internationale Investoren ab. Es entsteht ein Spannungsverhältnis zwischen hemmenden Gesetzesvorhaben und ermöglichen Initiativen wie dem Critical Raw Materials Act (CRMA). Der CRMA unterscheidet zwischen strategisch/kritischen und nicht strategisch/kritischen Rohstoffen und bewertet Projekte anhand spezifischer Kriterien, etwa zeitlicher Vorgaben für die Projektentwicklung. Dabei wird übersehen, dass Rohstoffe grundsätzlich die Ausgangsbasis für eine Vielzahl volkswirtschaftlicher Wertschöpfungsprozesse darstellen – unabhängig von dieser Einstufung.

Lösungsvorschläge

- **Anpassung der regulatorischen Rahmenbedingungen**
Die Regulatorik im Bereich der Rohstoffgewinnung, insbesondere im materiellen Recht, sollte überprüft werden, um den dringend erforderlichen Abbau von Überregulierung zu realisieren.
- **Ablehnung des EU Soil Monitoring**
Das Gesetzgebungsverfahren zum EU Soil Monitoring ist bereits weit fortgeschritten. Die Bundesregierung hat sich auf Europäischer Ebene dem Gesetzesvorhaben entgegengestellt. Sollten es weitere Ansatzpunkte gibt, das Gesetz zu stoppen oder Änderungen zu bewirken sollten diese genutzt werden.
- **Anpassung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)**
Die Bundesregierung sollte sich aktiv dafür einsetzen, dass die EU-Wasserrahmenrichtlinie überarbeitet wird (z.B. praktikable Anpassung der Ausnahmetatbestände in Art. 4 Abs. 7 und realistische Ausgestaltung der Fristen). Das Verschlechterungsverbot sowie die Ausnahmetatbestände müssen dabei praktikabel ausgestaltet werden, um eine zukünftige Genehmigungsfähigkeit überhaupt zu ermöglichen.
- **Einschränkung der nationalen Umsetzung der IED**
Die Umsetzung der Industrieemissionsrichtlinie sollte auf zwingend vorgegebene Rohstoffe beschränkt bleiben. Auf EU-Ebene ist darauf hinzuwirken, dass die restliche Rohstoffgewinnung aus dem Anwendungsbereich der IED ausgenommen wird und der MIN-BREF gestoppt wird, damit das politischen Ziel des Koalitionsvertrags, die heimische Rohstoffproduktion zu stärken, nicht regulatorisch konterkariert wird. Die aktuellen IED-Vorgaben gefährden die grundsätzliche Machbarkeit von Projekten zur Gewinnung wichtiger Rohstoffe wie Kupfer oder Lithium in Deutschland.

Eine Möglichkeit zur Korrektur besteht im anstehenden OMNIBUS-Verfahren zum EU-Umweltrecht, das gezielt genutzt werden sollte, um die Rohstoffgewinnung regulatorisch zu entlasten.

5. Finanzierung von Rohstoffprojekten stärken

Exploration

Im Gegensatz zu Technologieprojekten erfordert die Entwicklung von Rohstoffprojekten bereits vor dem eigentlichen Projektbeginn eine aufwändige und kapitalintensive Lagerstättenerkundung (Exploration). Die Finanzierung solcher Vorhaben gestaltet sich aufgrund langer Amortisationszeiträume, hoher geologischer und wirtschaftlicher Risiken sowie politischer Unsicherheiten besonders schwierig.

Im Unterschied zu Technologieprojekten existieren bislang keine spezifischen Fördermöglichkeiten für Explorationsvorhaben – etwa durch die KfW oder den Rohstofffonds.

Rohstoffgewinnungsbetrieb

Auch die anschließenden Rohstoffgewinnungsprojekte gelten für europäische Banken als weniger

attraktiv als Technologieprojekte. In der Regel ist die KfW mit dem Rohstofffonds die einzige Finanzierungsquelle, wobei die Rohstoffgewinnung als Adressat der KfW bisher nicht im Fokus steht. Förderbewilligungen erfolgen zu langsam bzw. mit zu aufwändigen Prüfungen. Dadurch fließen die verfügbaren Mittel überwiegend in technologieorientierte Vorhaben.

Lösungsvorschläge

- **Ausweitung der CRMA-Flankierung**

Die Maßnahmen im Rahmen des Critical Raw Materials Act (CRMA) sollten (ggf. auf nationaler Ebene) auf alle volkswirtschaftlich relevanten Rohstoffe ausgeweitet werden. Andernfalls besteht langfristig die Gefahr, dass eine Fokussierung auf ausgewählte Rohstoffe zulasten der Versorgung mit der gesamten Rohstoffbandbreite geht.

- **Einführung eines Förderprogramms für Explorationsprojekte**

Zur Unterstützung der Frühphase von Rohstoffprojekten sollte ein gezieltes Förderinstrument geschaffen werden.

- **Risikominderung durch fachliche Bewertung**

Explorationsprojekte sollten im Einzelfall durch geologische und kommerzielle Einordnung z.B. über die BGR und Partner mit finanztechnischem Know-How abgesichert werden.

- **Erhöhung und Flexibilisierung des Rohstofffonds**

Die Bundesregierung sollte die Mittel des Rohstofffonds deutlich aufstocken und grundsätzlich für alle Rohstoffe öffnen.

6. Heimische Rohstoffproduktion verringert Auswirkungen vor globalen geopolitischen Marktverzerrungen

Internationale Rohstoffmärkte sind insbesondere im Bereich mineralischer Rohstoffe stark geopolitisch beeinflusst. Preise und Liefermengen werden dabei nicht ausschließlich durch marktwirtschaftliche Mechanismen bestimmt, sondern häufig auch strategisch gesteuert. Heimische Rohstoffgewinnungsprojekte sehen sich dadurch verzerrten Marktbedingungen ausgesetzt, ohne Schutz vor Dumpingpreisen oder staatlich subventionierten Wettbewerbern.

Ein Beispiel ist China, das gezielt Rohstoffpreise einsetzt, um internationale Konkurrenzprojekte vom Markt zu verdrängen und strategische Abhängigkeiten aufzubauen. Gleichzeitig halten viele internationale Anbieter westliche ESG-Standards nicht ein, was zu weiteren Wettbewerbsnachteilen für deutsche Unternehmen führt.

Hinzu kommt: Die Unternehmen der Branche stehen mit ihren Rohstoffen und Produkten in einem intensiven internationalen Wettbewerb und sind zugleich stark energieintensiv. Die Energiekosten in Deutschland liegen dabei deutlich über dem Niveau vieler Wettbewerberländer.

Lösungsvorschläge

- **Strategisches Rohstoffpreismonitoring**
Einführung eines kontinuierlichen Monitorings zur Beobachtung und Bewertung internationaler Preisverzerrungen. Bei nachgewiesenen Marktverzerrungen sollten Anti-Dumping-Maßnahmen geprüft und – wenn erforderlich – durchgesetzt werden.
- **Energiekosten senken**
Im internationalen Vergleich sind die Energiepreise (für Gas und Strom) am Großhandelsmarkt in Deutschland sowie die staatlich induzierten Preiselemente wie Steuern oder Umlagen deutlich höher. Diese Belastung muss zügig und dauerhaft reduziert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der rohstoffgewinnenden Industrie zu sichern.

7. Der Weg nach vorn

Vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Spannungen und wachsender globaler Unsicherheiten ist die Stärkung der heimischen Rohstoffindustrie von strategischer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Eine verlässliche Rohstoffversorgung bildet die Grundlage für industrielle Wertschöpfung, technologische Innovationen und die erfolgreiche Umsetzung der Energie-, Mobilitäts- und Zeitenwende.

Um Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz Deutschlands nachhaltig zu sichern, bedarf es jetzt **klarer politischer Weichenstellungen**: Die Bundesregierung ist gefordert, die heimische Rohstoffproduktion als im überragenden öffentlichen Interesse zu definieren, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, Investitions- und Standortbedingungen zu verbessern, widersprüchliche Regulatorik zu verhindern und finanzielle Risiken stärker zu flankieren. Nur durch eine aktive und mit der heimischen Industrie koordinierte Rohstoffpolitik kann die Rohstoffgewinnung im Inland gestärkt und die strategische Souveränität Deutschlands gegenüber internationalen Abhängigkeiten erhöht werden.